

Heftige Regenfälle I

**Milchhof Schaan:
Feuerwehr im
Abpump-Einsatz**

SCHAAN Die Kaltfront, die die Region am Donnerstagabend erreichte, sorgte für einen abrupten und turbulenten Wetterwechsel. Durch die kräftigen Schauer stand am Freitag der Keller des neuen Gebäudes des Milchhofs in Schaan unter Wasser. Wie Radio L am Freitag meldete, rückte die Feuerwehr aus, um das Wasser abzupumpen. Im Keller des Gebäudes seien hauptsächlich Baumaterialien gelagert gewesen. Schäden an Lebensmitteln oder Maschinen habe es nicht gegeben, teilte die Landespolizei mit. (red)

Heftige Regenfälle II

**Feuerwehren im
Dauereinsatz**

BREGENZ Starker Regen hat in der Region Bregenz am Freitagvormittag den Dorfbach in Hard über die Ufer treten lassen. Entlang des Baches standen nahezu alle Keller der angrenzenden Häuser unter Wasser. Bis zum Nachmittag zählte die Feuerwehr bereits 45 Einsätze. Alle anderen Regionen Vorarlbergs sind gemäss Rettungs- und Feuerwehrleitstelle (RFL) relativ glimpflich davongekommen. (red/sda)

«Volksmund»

**Zu schön, zu urchig,
um in Vergessenheit
zu geraten**

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



verzuzlet

ZERZAUST

WO KUNNSCH DENN DU HÄRA, DINI HOOR SIN
JO GANZ VERZUZLET. PFÖHNETS DOSSA?

Deutschsprachige Aussenminister zu Gast auf der Burg Gutenberg

Arbeitsgespräch Migration, Sicherheitspolitik in Europa sowie die Entwicklung der EU nach dem Brexit-Votum waren die Themenschwerpunkte des diesjährigen Treffens der deutschsprachigen Aussenminister am Wochenende in Liechtenstein.

Die Dringlichkeit, in grenzüberschreitenden europäischen Themen eng zusammenzuarbeiten, bleibt gross. Das zeigte das diesjährige Treffen der Aussenminister der deutschsprachigen Länder, das auf Einladung von Aussenministerin Aurelia Frick auf Burg Gutenberg in Balzers abgehalten wurde. Nur wenige Wochen nach dem Entscheid Grossbritanniens, die EU zu verlassen, und nach Terroranschlägen in Frankreich und Deutschland diskutierte die Ministerin mit ihren Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier aus Deutschland, Jean Asselborn aus Luxemburg, Sebastian Kurz aus Österreich und Didier Burkhalter aus der Schweiz gemeinsame Herausfor-

derungen. Frick hatte an der gestrigen Medienkonferenz auf der Burg Gutenberg betont, die fünf Länder seien eine Wertegemeinschaft. Probleme könnten nur gemeinsam gelöst werden. Heikle Themen seien beim Treffen angesprochen worden wie etwa Unsicherheit und Instabilität. Die Gastgeberin und ihre vier Amtskollegen hätten bei der Prävention von gewalttätigem Extremismus vereinbart, enger zusammenzuarbeiten. In einer gemeinsamen Erklärung riefen die Aussenminister zudem zu konstruktiven Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und ihren Nachbarländern wie der Schweiz auf. «Neben dem Themenblock Migration, Integration und Radikalisierung

war die europäische Sicherheitspolitik ein zentrales Thema unserer Gespräche», erklärte Aurelia Frick. Bei ihren einleitenden Worten zeigte sie sich überzeugt davon, dass gelungene Integration das beste Mittel zur Prävention von Radikalisierung und Terrorismus ist. Mit dem Sprachvermittlungsprogramm Liechtenstein Languages leiste Liechtenstein einen Beitrag zum Gelingen der Integration. Die Aussenminister konnten sich bei einer Demonstration einen ersten Eindruck davon machen.

Brexit bringe erhebliche Folgen

Auch der Entscheid Grossbritanniens über den Austritt aus der EU wurde thematisiert. «Tritt Grossbritannien tatsächlich aus der EU aus,

wovon wir zum jetzigen Zeitpunkt ausgehen, wird dies für alle deutschsprachigen Länder - mit ihren unterschiedlichen Formen der europäischen Integration - erhebliche Implikationen haben», sagte Frick. Die fünf Aussenminister befassten sich weiter mit den politischen Entwicklungen im Nahen Osten. Aurelia Frick berichtete zudem über die Vorbereitungsarbeiten zur UNO-Generalversammlung. Im Vorfeld hatten sich Frick und Kurz zu einem bilateralen Gespräch über spezifisch liechtensteinisch-österreichische Themen getroffen. Sie thematisierten insbesondere die Herausforderungen durch Migration sowie den OSZE-Vorsitz, den Österreich 2017 innehat. (red/ikr)

Impressionen



Arbeitsgespräch der Aussenminister auf der Burg Gutenberg. (Fotos: IKR)



Frank-Walter Steinmeier (Deutschland) und Aurelia Frick auf dem Weg zur Burg Gutenberg.



Roman Dudler (rechts) stellt den Ministern «Liechtenstein Languages» vor.



Aurelia Frick begrüsst ihren österreichischen Amtskollegen Sebastian Kurz zum bilateralen Gespräch.

Aurelia Frick (FL)

«Wir haben Probleme und gemeinsame Herausforderungen, mit denen wir alle konfrontiert sind und wir wissen, dass wir diese Probleme nur gemeinsam in Europa lösen können», unterstrich Aussenministerin Aurelia Frick in ihrer Rede vor den Medien auf der Burg Gutenberg. Gerade die fünf deutschsprachigen Länder würde nicht nur die Sprache verbinden, sondern auch Werte. Das habe sich gestern auf dem Arbeitsgespräch wieder gezeigt - auch heikle Themen hätten besprochen werden können. Um die Zeit auch zwischen den jährlichen Treffen zu nutzen, werde zudem eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die gestern angesprochenen Themen bearbeiten solle. (df)



Didier Burkhalter (CH)

Der schweizerische Bundesrat Didier Burkhalter informierte am Rande der Medienkonferenz auf der Burg Gutenberg über den Stand der Verhandlungen bezüglich einer einvernehmlichen Lösung zur Regelung der Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz. Es hätten zwar Diskussionen stattgefunden, dabei sei es aber noch nicht zu einer Lösung gekommen. Er hätte aber positive Signale seitens der anderen deutschsprachigen Länder erhalten. Gemäss der Masseneinwanderungsinitiative müsste bis zum 9. Februar 2017 eine Vorlage umgesetzt sein. Burkhalter zeigte sich trotz des straffen Zeitplans optimistisch, dies zu schaffen: «Ich glaube, das ist im Interesse aller.» (df)



Sebastian Kurz (AUT)

Er fühle sich in seiner Kritik an der Türkei nicht allein, meinte Österreichs Aussenminister Sebastian Kurz gestern zu den Medien auf der Burg Gutenberg. Viele Mitgliedsländer hätten ihre Kritik geäussert und klargemacht, wo ihre «rote Linie» sei. Dabei spielte er auf Deutschland an, das diese Grenze bei der Wiedereinführung der Todesstrafe ziehen würde. Zwar müsse man auf die Türkei einwirken und den Dialog suchen, dies habe er im Telefongespräch mit dem türkischen Aussenminister auch bereits getan. «Auf der anderen Seite halte ich es nicht für richtig, wenn wir Business as usual betreiben», meinte Kurz. «Das kann nicht der richtige Weg sein und nicht das Ziel der EU.» (df)



Frank-Walter Steinmeier (D)

Es droht eine humanitäre Katastrophe in Syrien, warnt Frank-Walter Steinmeier. Der deutsche Aussenminister meinte gestern, ein UNO-Sonderbeauftragter sei derzeit bemüht, Russland und die USA zu einem gemeinsamen Ansatz bei der Versorgung der Bevölkerung in Aleppo zu bringen. Während Russland von humanitären Korridoren spricht, auf denen die Menschen die Stadt verlassen könnten, sind die USA und die EU anderer Meinung. Die Situation sei auch ausserhalb der Stadt unsicher. Deshalb sollten die Korridore dazu dienen, Hilfsgüter nach Aleppo zu bringen. Dafür sei aber eine Kampfpause nötig, so Steinmeier. Von einer Entscheidungsschlacht wollte er aber nicht sprechen. (df)



Jean Asselborn (LUX)

Jean Asselborn, der luxemburgische Aussenminister, ist sich im Klaren: Die EU ist in einer Krise, die nicht banalisiert werden dürfe. «Wir müssen den Menschen in der EU Hoffnung geben und zeigen, dass wir fähig sind, die grossen Probleme derzeit als Union zu lösen.» Neben den Herausforderungen des Klimawandels und der Schaffung von Arbeitsplätzen sei dies insbesondere die Sicherheit. Dies erreiche man nur in Kooperation. Anders als früher dürfe Sicherheit nicht als nationale Angelegenheit verstanden werden. Heute sei viel mehr das Gegenteil gefragt, es müsse eine Kommunikation zwischen den Ländern stattfinden. Hundertprozentiger Schutz sei aber nie möglich. (df)

